Das Reichsbanner

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 1.95 RM., monatlich 65 RPfg. Zeitungspreisliste 4. Nachtrag Seite 21. Einzelnummer im Zeitungshandel 20 RPfg. Druck und Verlag W. Pfannkuch & Co., Magdeburg. Fernruf Amt Norden 23861—65. Postscheck 122 Magdeburg. Redaktionelle Leitung Karl Höltermann, verantwortlich Ernst Diesenthal, beide in Magdeburg. Tel. 9778. Alleinige Anzeigenannahme Anzeigenverwaltung des Reichsbanners, Magdeburg, Gr. Schulstr. 2b. Tel. 4619. Postscheck 2625 Magdeburg. Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen. / Insertions-Bedingungen: Die 9 gesp. Millimeter-Zeile im Anzeigenteil 40 RPfg., die 3 gesp. Millimeter-Zeile im Reklameteil 3 RM. / Beilagen nach Vereinbarung. / Verantwortlich für Anzeigen E. Schuppe, Magdeburg.

Zeitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold / Bund Deutscher Kriegsteilnehmer und Republikaner E. V., Sitz Magdeburg

Nr. 12 — Magdeburg, 23. März — Jahrgang 1929

Mißstimmung überall

Aussprechen, was ist!

Zu Ehren der die Leipziger Messe besuchenden in- und ausländischen Reichsbannerkameraden fand am 5. März im großen Saale des Volkshauses in Leipzig ein von Tausenden republikanischer Frauen und Männer besuchter Republikanischer Abend statt. Hörsing hatte zugesagt, zu erscheinen. In letzter Stunde war er verhindert — statt seiner sprach Kamerad Crohn (Magdeburg).

In kurzen, aber eindringlichen Ausführungen erklärte er: Regieren, unter entscheidendem Einfluß der republikanischen Parteien, insbesondere der siegreich aus dem Wahlkampf hervorgegangenen Sozialdemokratie, das war die Parole, die sich aus der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 ergab. Wir Republikaner erwarteten als einzig Mögliches: Sofortige Bildung der Großen Koalition und einer entsprechenden Regierung. Die Koalition kam bis heute — 9 Monate nach der Wahl — nicht zustande, bis heute aber kam die Regierung auch nicht zur Anwendung von Regierungsmethoden, die Achtung und Vertrauen einflößen.

Ein Spiel, unpopulär auch in republikanischen Kreisen, spielte sich ab. Austausch von Noten zwischen Reich und Ländern, Verhandlungen zwischen Ministern und Parteien ohne Ende. Während dies das Ansehen der Reichsregierung und der Regierungsfähigkeit der Parlamentarier und Parteien schwächt, fehlt es an den republikanischen, deutlich erkennbaren Handlungen der unter republikanischer Führung stehenden Regierung, wie sie die Wähler verlangten und mit Recht, aber leider vergeblich erwarteten. So wird es den Gegnern der Republik und der Demokratie leicht gemacht, ihr systematisches Treiben zur Verächtlichmachung der Republik fortzusetzen, vielen die Republik und die Politik überhaupt zu verekeln.

Geht es weiter so, dann kann aus dem Geraune und Gerede von der Diktatur eine Gefahr des plötzlich drohenden Fascismus werden. Karl Severing hat zwar gemeint, die Diktatur kommen nicht, es fehle an einem Diktator. Darauf dürften wir uns aber nicht verlassen, sondern nur auf unsre eigne Wachsamkeit, unsern Willen zur Macht, und auf die politische Kraft der republikanischen Parteien und Gewerkschaften, niemals auf eine Schwäche des Gegners.

Das Gerede der Gegner gegen den „Parteiismus" müssen wir selbst durch unsre republikanischen Parteien zunichte machen, und zwar schnell. Die Demokratie macht Parteien nötig; sie können und müssen die Konzentration der verschiedenen sozialen und wirtschaftlichen Interessen bilden, und von klarblickenden, tatkräftigen Führern zur Macht geführt werden. Wehe aber, wenn aus Führern bloße Verwalter des Parteiapparates werden, wie es bei uns in letzter Zeit geschieht. Unsre Führer dürfen nicht mit Verwaltungsarbeit und Aemtern aller Art überlastet werden. So kann ihnen nicht die Kraft und die Zeit zur Erfüllung ihrer politischen Führeraufgaben bleiben, wie sie die Wähler erwarten. Hier tut Abhilfe not. Taten, die jeder sieht oder empfinden muß, republikanische Leistungen können und werden allein die Macht der Parteien vermehren.

Die Mißstimmung in allen Parteien, auch denen der Republikaner, im Reiche ist unverkennbar. Das aber weiß jeder Republikaner, daß dennoch die republikanischen Parteien und Politiker vollstes Vertrauen verdienen. Noch immer zeigten sich ja — wie zur Zeit bei Gründung des Reichsbanners — Tatkraft und Tatbereitschaft der Republikaner gerade dann als frisch, unverbraucht und unwiderstehlich, wenn eine vorübergehende Ermattung den Gegner glauben ließ, wir seien schwach und untätig geworden. Jetzt aber ist es Zeit, lebhaft zu werden. Jetzt müssen wir als Schützer und Wächter der Republik — jeder in seiner Partei — dafür wirken, darüber wachen, daß die Erwählten des Volkes nicht wanken und nicht weichen, sondern in der Reichsregierung ausharren. Mag aus der Verantwortung herausgehen wer will. Die verantwortungsbereiten republikanischen Parteien und Führer, soweit sie sich nicht nur selbst für republikanisch halten, sondern auch die republikanische Verantwortung zu tragen bereit sind und sich aktiv bewähren, wird das Reichsbanner schützen und stützen. Treu, überparteilich, pflichtbewußt wie bisher.

Wir verlangen, daß die republikanischen Parteien, Parteiführer, Minister und Parlamentarier sich in diesen kritischen Tagen zur Tat zusammenfinden, wir vertrauen den sieghaften Ideen der Demokratie und der Tatkraft unsrer Führer. Wir erwarten Taten des Parlaments und der Regierung, die zeigen, daß nicht nur Republikaner dort sitzen, sondern daß auch wirklich regiert wird.

Das Volksbegehren der verantwortungsbereiten Republikaner an ihre erwählten Vertreter lautet: Laßt uns nicht die Parteien verekeln, laßt uns die Freude an der Politik nicht rauben, laßt euch nicht verdrängen, haltet die Stellungen, erobert weitere, seid deutlich aktiv, sichtbar aktiv, seid erfolgreich für Freiheit und Fortschritt! Republikanische Taten — nicht Verhandeleien — stärken unsre Kraft, bringen uns neue Anhänger.

Am Schlusse appellierte der Redner an das Pflichtgefühl aller Anwesenden, die aus allen Gauen des Reiches erschienen waren und forderte sie auf, den Ruf zur Aktivierung aller republikanischen Kräfte in den Parteien ins Land hinauszutragen, damit den Diktaturfreunden das Konzept verdorben wird.

Spontan erhoben sich die Tausende von ihren Plätzen, und sangen unser Reichsbannerlied. Dann aber bewies der ungeheure Beifall dem Redner den Willen aller Reichsbannerkameraden, seiner Aufforderung zu folgen, in den Parteien der Republikaner vorbildlich zu wirken: Für die Herrschaft der Republikaner, gegen alle Freunde einer Voll- oder Pseudo-Diktatur.

* * *

Gerüchte

„Es wird erzählt," so berichtet die „Weltbühne", „in Magdeburg habe kürzlich eine ernsthafte Fühlungnahme zwischen Jungdo und Reichsbanner stattgefunden zwecks engerer Zusammenarbeit."

Der geistige Spieltrieb feiert Orgien in diesen Märztagen, und ein beliebtes Objekt politischer Spinnerei ist das Reichsbanner. Spinnerei und nichts weiter ist das, was die „Weltbühne" in Berlin erzählen läßt. Otto Hörsing ist zur Erholung außerhalb Magdeburgs, und mir sind bis zu dieser Stunde Artur Mahraun und seine Mitarbeiter persönlich unbekannt geblieben. Die „ernsthafte Fühlungnahme" zwischen Jungdo und Reichsbanner besteht also wirklich nur in Erzählungen.

Richtig ist dagegen die Nachricht von einer Aussprache mit Karl Severing, wobei festgestellt wurde, daß kein Anlaß besteht, das Reichsbanner anders als nach dem Grundsatz „Ständige Bereitschaft!" zu führen.

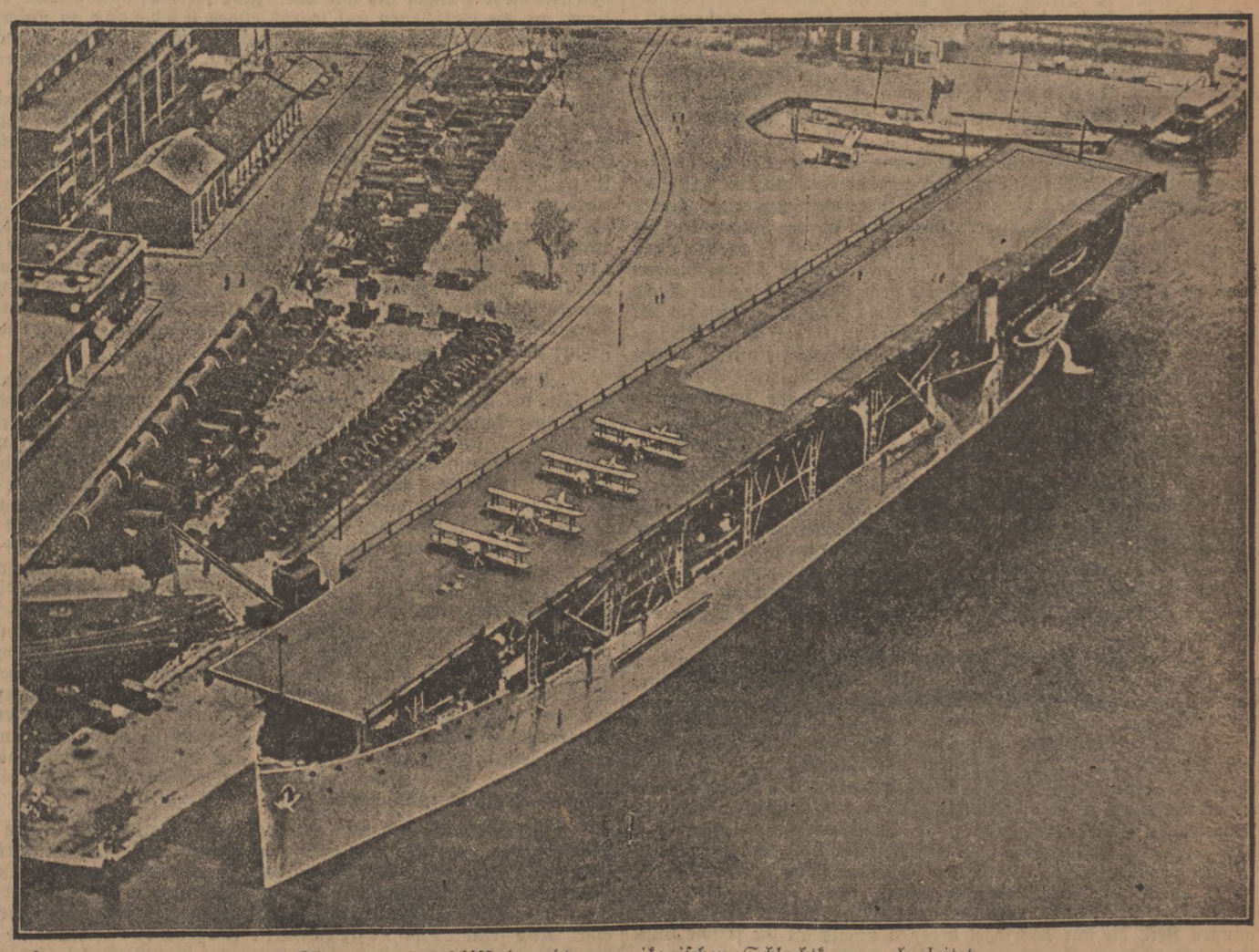
Karl Höltermann.

Mut zur Verantwortung

Auf dem Gautag des Gaues Groß-Thüringen, der am 17. März in Erfurt stattfand, wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Die am 17. März 1929 in Erfurt tagende Gauversammlung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Gau Groß-Thüringen, richtet an die republikanischen Parteien die dringende Aufforderung, endlich unter Zurücksetzung parteipolitischer Rücksichten einer festen republikanischen Regierung dauernde Tätigkeit zu ermöglichen. Dem Dauerzustand der Regierungskrisen ist ein Ende zu bereiten. Die Reichsverfassung weist den Weg, der zur sichern Gestaltung einer entschlossenen und arbeitsfähigen Reichsregierung führen kann. Die republikanischen Parteien haben die Pflicht, im Geiste der Verfassung von Weimar die Führung im Reiche wie in den Ländern zu übernehmen und zu behalten."

In einer öffentlichen Kundgebung richtete Kamerad Dr. Friedensburg, Regierungspräsident in Kassel, einen eindringlichen Appell an alle Republikaner, sich ihrer Pflichten gegenüber dem Staate bewußt zu werden und Mut zur Verantwortung zu zeigen. —



Ein Flugzeugmutterschiff, das die amerikanischen Schlachtkreuzer begleitet.

Politische Ordnung

Reichswehr und Fememorde.

Am 18. März hat das Stettiner Schwurgericht zum zweiten Male über die Fememörder Recht gesprochen, die am 31. Juli 1920 den Roßbacher Schmidt bei Liebenow umgebracht haben. Das Urteil gegen den Leutnant Heines und seine Komplicen fiel jetzt erheblich milder aus als der erste Spruch desselben Gerichts im vorigen Jahre. Der große Unterschied in der Strafbemessung — früher 15 Jahre Zuchthaus, jetzt 5 Jahre Gefängnis für den Hauptübeltäter — ist natürlich kein Anreiz zur Erhöhung der Autorität der deutschen Rechtsprechung, zumal die Begründung des neuen Urteilsspruches von sehr anfechtbaren Voraussetzungen ausging. Immerhin neigt die öffentliche Meinung heute mehr als früher dazu, bei der Beurteilung der Femeverbrechen mildernde Umstände in Betracht zu ziehen. In diesem Falle besonders das mildernde Moment der Zeitverhältnisse und des Milieus. Juli 1920 war die Zeit der Spa-Konferenz, die Zeit der Abstimmungen in Ost- und Westpreußen, die Zeit des zusammenbrechenden russisch-polnischen Krieges mit ihren mannigfachen Aufregungen für die deutschen Ostgebiete, die Zeit der Nachwehen des Kapp-Putsches, der Waffenverheimlichungen der ostelbischen Grundbesitzer, scharfer Lohnkämpfe auch auf den ländlichen Gütern. Die staatliche Ordnung war noch nicht wieder hergestellt, die Reichswehr ohne feste politische Orientierung, von Pflicht und Neigung hin- und hergerissen. Und außerdem handelte es sich bei den damaligen Roßbachern größtenteils um blutjunge Leute, die von der Welt eigentlich nichts andres kannten als Soldatentum, Schinderei und Töten. Aber alle diese mildernden Umstände gestatteten doch nicht jenes Maß von Glorifizierung der jungen Verbrecher, das sich die Verteidiger in höchst geschmackloser Weise angelegen sein ließen, wenn sie von jenen als „Märtyrern ihres Patriotismus" sprachen, Märtyrern, weil die Gerichte ihre Verbrechen als Totschlag und Mord erkannten. Selbst wenn die Roßbacher in der Mordzeit noch offiziell der Reichswehr unterstellt gewesen wären, war die Tötung eines nur des Verrats Verdächtigen, nicht des Verrats Ueberführten alles andre als ein Akt der „Staatsnotwehr". Selbst im Falle eines offnen Krieges wäre wenigstens ein standgerichtliches Verfahren für eine Aburteilung unerläßlich gewesen. Es herrscht hier auch heute noch eine Begriffsverwirrung vor, die ganz unglaublich ist. Parteipolitische Leidenschaft hat den Blick getrübt. Größte moralische Mitverantwortung aber trägt die Reichswehr, die jene Begriffsverwirrung zuließ, da sie sich in die neue politische Ordnung noch nicht einzufügen vermochte. Der Stettiner Prozeßverlauf hat diese moralische Mitverantwortung gewisser hoher Reichswehrstellen deutlicher als die voraufgegangenen Femeprozesse herausgestellt. Wenn die Reichswehr jetzt darüber bei sich eine Gewissenserforschung anstellen wollte, welchen politischen und moralischen Gewinn sie aus ihren mannigfachen Illoyalitäten (Beteiligung an monarchistischen Kundgebungen, schwarze Reichswehr, Lohmann-Affäre) gezogen hat, so dürfte sie wohl zu der Erkenntnis kommen, daß sie insgesamt besser unterblieben wären. Der Trieb war immer zu lebhaft in ihr, möglichst nur von der „alten Tradition" zu zehren und sich zu ihr auch mit bedenklichen Mitteln zurückzubiegen. Statt sich besser um eine eigne Tradition zu sorgen, d. h. um ein gutes Ansehen aus eignem moralischem Verdienst, das allerdings nur durch loyale Einfügung in die gegebene politische Ordnung gewonnen werden kann. Manches ist, Gott sei Dank, in den letzten Jahren in dieser Hinsicht allerdings besser geworden.

*

Länderkonferenz und Einheitsstaat.

Zu Beginn der vorigen Woche hat der zweite Unterausschuß des Verfassungsausschusses der Länderkonferenz die Oeffentlichkeit mit den Vorschlägen bekannt gemacht, die ihm zur Neuorganisation der Länder und des Verhältnisses des Reiches zu den Ländern empfehlenswert erschienen. Der Bericht schafft in ihren Beziehungen zum Reich Länder zweierlei Charakters. Um den Dualismus zwischen dem Reich und Preußen zu beseitigen, soll die Auflösung des preußischen Staates in „Länder" mit eigner parlamentarischer Vertretung, jedoch mit der Reichsregierung als Zentralinstanz erfolgen. Damit würde eine besondere preußische Regierung verschwinden, aber auch der Preußische Landtag. Es gibt allerdings unter den vier Mitgliedern des Unterausschusses eine Stimme, die den Preußischen Landtag noch weiter als eine Zusammenfassung der Provinziallandtage bestehen lassen möchte. Gleichzeitig wird vorgeschlagen, daß neben jenen aus dem aufgelösten preußischen Staat neugebildeten „Ländern" die bisherigen größern Länder, also Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden weiter bestehen bleiben, jedoch soll ihr parlamentarisches System aufgelockert und diese Länder selbst auf dem Wege der „Auftragsverwaltung" enger an das Reich angeschlossen werden. Dabei ist vorgesehen, daß der oberste Reichsbeamte und der Ministerpräsident des Landes eine Personal-Union eingehen können. Also ein Versuch der differenzierenden Lösung, wobei die neuen und die alten Länder in ihren Zuständigkeiten einander angeglichen werden.

Das ist der Kern der Vorschläge des Unterausschusses. Sie sind noch nichts Endgültiges, doch interessant genug, um lebhafteste Beachtung in der Oeffentlichkeit zu finden. Sie haben sie auch gefunden. Scharfe Kritik kam aus dem deutschnationalen Lager, wo man einmal das fortschrittliche Prinzip des Vorschlags als „Pietätlosigkeit" verdammte, dann aber auch das Ehrgefühl der Länder aufzureizen suchte, die nach den Vorschlägen des Unterausschusses zu „bloßen Provinzen" degradiert würden. Das Ganze sei eine verfehlte Stützungsaktion für das parlamentarische System. Dagegen sieht ein Teil der liberalen Presse darin nur ein „unglückliches Kompromiß" und eine „überflüssige Komplikation" der gesamten Frage. Die Zentrumspresse zeigte wohlwollende Zurückhaltung. Richtig ist jedenfalls, was die „Frankfurter Zeitung" bemerkte: „Sehr viel wird natürlich darauf ankommen, was nun die andern Referate beizusteuern haben, vor allem wie der angekündigte Vorschlag für die Zuständigkeitsreglung aussehen wird. Wenn hier weniger Differenzierung und mehr Einheit geboten würde, ließe sich das Uebermaß an Elastizität in dem Organisationsvorschlag eher ertragen, weil dann die Fortschritte in der Richtung zur Vereinfachung sichtbarer würden als dies nach dem heute gebotenen Vorschlag der Fall ist." Das ist in der Tat der springende Punkt. Man muß die Arbeiten aller drei Ausschüsse — der obige Vorschlag über die Organisation des Reiches wird noch durch einen über die Zuständigkeit des Reiches und seiner Länder und durch einen über den finanziellen Ausgleich zwischen ihnen ergänzt werden — abwarten, um ein gutes Urteil darüber finden zu können, ob sie in ihrer Gesamtheit einer wirklich fortschrittlichen Weiterbildung der politischen Ordnung in Deutschland dienen. Die Länderkonferenz wird die Arbeiten ihrer Ausschüsse alsdann zu prüfen und abzurunden haben. Dann kann das Werk als Gesetz die gesetzgeberischen Instanzen passieren.

*

Der Kampf um den Etat.

Die Regierungsfrage im Reiche befindet sich nach wie vor im Schwebezustand. Doch scheint eine klare Lösung, das heißt eine feste Begründung der parlamentarischen Ordnung gleich nach den Ostertagen unvermeidlich zu sein. Die erste Lösung des neuen Reichshaushaltplans ist zwar ruhig und sachlich verlaufen, ja sie hat stellenweise sogar eine gewisse Glättung der Fraktionsgegensätze verspüren lassen, doch bleibt mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Bildung der festen Regierungskoalition nicht ohne eine schmerzhafte Operation vor sich gehen wird. Der Reichskanzler Müller hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß für das Kabinett die Verabschiedung eines offnen oder verschleierten Defizitetats nicht in Frage kommt. Nicht als ob die Regierung über Einzelheiten der Etatsgestaltung (weitere Abstriche, Korrekturen an den Steuervorschlägen) nicht mit sich reden ließe. Aber sie verlangt eine klare Ausbalancierung der Ausgaben und Einnahmen im kommenden Jahre und wird zurücktreten, wenn sich nicht eine parlamentarische Mehrheit zu einem positiven Ja für die Vorschläge des Kabinetts zusammenfindet. Die Zentrumsfraktion steht außerhalb der Regierung, hat aber durch ihren Sprecher, Dr. Brüning, ihre Bereitwilligkeit zu einer loyalen Mitarbeit bei der Etatsberatung erklärt. Doch fügte Brüning hinzu, daß seine Fraktion nicht daran denke, etwa als Lückenbüßer für die Deutsche Volkspartei bei der Abstimmung in die Bresche zu springen. Das heißt also, daß das Kabinett Müller stürzen kann, wenn nicht die Deutsche Volkspartei eine Verständigung mit der Sozialdemokratie anstrebt. Eine gewisse Hoffnung hierauf besteht noch, der Abgeordnete Dr. Cremer von der Deutschen Volkspartei hat bei der ersten Lesung viel entgegenkommendere Worte gefunden, als man sie bisher von den Sprechern und Unterhändlern dieser Partei gehört hat. Die Ausschußberatungen sollen bereits am 8. April beginnen, doch hört man, daß die bayrischen Abgeordneten so lange nicht in solche Besprechungen eintreten wollen, als nicht vorher ein Verständigungsprogramm fertig vorliegt. Sie wollen sich also nicht bloßstellen. Solche Taktik bedeutet natürlich eine Unterstützung der Zentrumshaltung und einen Druck auf die Deutsche Volkspartei, Farbe zu bekennen. Sie bedeutet aber auch, daß sich die Bayrische Volkspartei nicht damit zufrieden gibt, wenn die Regierung für ihre Gesetze nur eine parlamentarische Mehrheit beliebiger Zusammensetzung findet, sondern daß sie die verantwortliche Bindung der „Mehrheits"-Fraktionen fordert.

Fritz Lensen.

Agrarkrise und Landarbeiterfrage

Was tut not?

Die Landwirtschaft in Not! Dieser Ruf, von den verschiedenen agrarischen Interessentengruppen immer wieder ausgestoßen, beunruhigt seit Jahren die deutsche Oeffentlichkeit. Auf den Tagungen der Landwirte-Organisationen, bei Kundgebungen der Landbünde, auf den Versammlungen der Landwirtschaftskammern, kurz, bei allen möglichen Gelegenheiten wird immer wieder die Behauptung aufgestellt: Die deutsche Landwirtschaft steht vor einer Katastrophe! Nun kann man getrost ein gut Teil dieser Behauptungen als bei den Landbünden sattsam bekannte starke Verallgemeinerung und maßlose Uebertreibungen bezeichnen. Trotzdem aber bleibt wahr, daß weite Kreise der deutschen Landwirtschaft sich in einer Krise befinden, deren Abstellung im Volksinteresse dringend geboten ist. Es soll in diesem Zusammenhang nicht im einzelnen dargelegt werden, in welchem Ausmaß führende Personen des deutschen Agrariertums selbst an dem Umfang der Krise schuld sind, wie auch nicht bis ins kleinste nachgewiesen werden soll, wie stark sich in dem einen oder andern Zeitabschnitt etwa schlechte Schweine- oder Rindviehpreise, unzureichende Getreidepreise oder zu hohe Preise bei landwirtschaftlichen Produktionsmitteln (Maschinen und Geräte, Kunstdünger usw.) zum Schaden der Landwirtschaft ausgewirkt haben. Auf eins aber muß auch in diesem Zusammenhang hingewiesen werden: Wenn von den Wortführern der landwirtschaftlichen Unternehmer Deutschlands die hohe Verschuldung vieler Betriebe und die dadurch bedingte starke Zinsbelastung beklagt wird, so vergißt man augenscheinlich ganz und gar, daß es gerade Landbund-Parolen waren, denen die heute stark verschuldeten Kreditunternehmer aus den Jahren 1924 und 1925 damals zu ihrem Schaden gefolgt sind. Es kennzeichnet das Demagogische des Verfahrens der Landbundleute aufs treffendste, wenn sie sich heute hinstellen und über die starke Verschuldung ihrer Mitglieder heulmeiern, nachdem sie selbst damals ihren Leuten immer wieder das Aufnehmen der Kredite anempfahlen.

Nun liegen aber erfreulicherweise die Verhältnisse in der deutschen Landwirtschaft durchaus nicht derart schlecht, wie es die agrarischen Wortführer im Reichstag und in den Länderparlamenten stets hinzustellen belieben. Beim übergroßen Teile der Betriebe kann nicht von einer Ueberschuldung gesprochen werden. Dennoch aber bemüht man sich im agrarischen Lager ständig, den Eindruck zu erwecken, es stünde die deutsche Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit unmittelbar vor dem Zusammenbruch. Man vergißt völlig, daß es weite Kreise von Volksgenossen gibt, die seit Jahr und Tag unter viel schlimmerer Not zu leiden haben, als sie der größte Teil der Landwirte jemals kennengelernt hat. Es sei hierbei nur an die Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter, an die Rentner und Sparer erinnert, an die Kreise, die ohne ihr Verschulden der bittersten Not preisgegeben sind. Es sei hierbei aber auch besonders auf das Millionenheer der Landarbeiter und -arbeiterinnen verwiesen, dessen Angehörige seit Jahren unter Lebensverhältnissen dahinvegetieren müssen, die einfach nicht länger bestehen bleiben dürfen! Eine nach jeder Richtung hin unzulängliche Entlohnung, oft genug menschenunwürdige Behandlung, dazu in vielen Fällen Wohnungsverhältnisse, die den einfachsten Forderungen der Gesundheitslehre hohnsprechen, das sind die drei Geißeln, unter denen recht beachtliche Scharen deutscher Landarbeiter zu leiden haben.

Soweit die Entlohnung in Frage kommt, sollen einige Beispiele das Bestehen eines wirklichen Lohnelends bei der deutschen Landarbeiterschaft dartun: Der Gesamtstundenlohn eines verheirateten Landarbeiters, des sogenannten Deputanten, der sich aus dem Bar- und dem Naturallohnteil zusammensetzt, schwankt in den einzelnen Ländergebieten zwischen 36,38 Pfennig in Ostpreußen und 48,85 Pfennig in Westfalen. Eine Landarbeiterfrau erzielt einen Gesamtstundenlohn von 17 Pfennig (niedrigster Lohnsatz) in Schlesien und 35 Pfennig (höchster Lohnsatz) in Westfalen. Ein männlicher Hofgänger, also ein junger Mann von 18 Jahren, erhält einen Gesamtstundenlohn von 17,63 Pfennig in Ostpreußen und 45 Pfennig in Westfalen. Der Gesamtstundenverdienst einer solchen Landarbeiterfamilie, aus Mann, Frau und 18jährigem Sohne bestehend, beträgt im allgemeinen, geringe Unterschiede außer acht gelassen, etwa soviel wie der Stundenlohn eines Industrie- oder gewerblichen Arbeiters. Wen wundert es, wenn angesichts einer solchen „Entlohnung", verbunden mit den Mißständen auf

Die Negerfahne

Wie wir die Fahne des 73. Senegalesenbataillons „eroberten".

Der ungediente Landsturmmann Kaczmarek 7 hatte immer Hunger. Am 18. April 1917 war sein Kohldampf besonders groß. Dieser Kohldampf war der eigentliche Grund dafür, daß er die Fahne des französischen 73. Senegalesenbataillons eroberte. Und das kam so:

Das Reserve-Infanterie-Regiment 80 lag bei Cerny im Trommelfeuer der Aisneschlacht. Das 3. Bataillon hatte die linke Flanke. Meine, die 12. Kompanie, war äußerster linker Flügel. Bei unserm Nachbarregiment war es den Franzosen gelungen, bis weit ins Tal vorzudringen und uns zu flankieren. Unsre Verluste waren ungeheuer. Von etwa 180 Mann blieben nur, die Küchenhengste eingerechnet, noch 26 Mann zurück. Diese starken Verluste erlitten wir in den etwa sechs Stunden, die der französische Angriff am Morgen dauerte. Einer 21er Mörserbatterie war es zu danken, daß der Durchbruch in unsrer linken Flanke sich nicht zu einer Katastrophe entwickelte. Allerdings glaube ich, daß meine beiden Gruppen, die ich nacheinander führte, und mit denen unbedingt der „Dürrgraben" gehalten werden sollte, auch durch diese unsre eigne Batterie vernichtet wurden.

In der Nacht zum 17. setzte eine für den April abnorme Kälte und starkes Schneegestöber ein — vielleicht unsre Rettung — für uns aber, nach 10tägigem Trommelfeuer und den rasenden Verlusten des Tages, eine fast nicht mehr tragbare Belastung. Wir 26 Männlein mußten den ganzen Kompanieabschnitt sichern. Die Nerven waren gespannt zum Zerspringen — ich habe alte bärtige Männer vor Kälte und Erschöpfung helle Tränen heulen gesehen.

Die eisernen Portionen waren restlos verbraucht, Hunger und besonders Durst quälten. Durch Meldegänger hörten wir, daß sich im Tunnel des Bataillonsführers, eines Majors H. von den Kolmarer reitenden Jägern, noch erhebliche Rotweinvorräte befänden, die unter den Offizieren des Bataillonsstabes fleißig die Runde machten. Wir schickten daraufhin einen Gefreiten, einen kleinen schlesischen Uhrmacher, der Name ist mir leider entfallen, in den Bataillonsstollen, um vom Herrn Major ein paar Flaschen Wein zu erbitten. Nach einiger Zeit kam er zurück und brachte uns folgende Antwort, die noch heute, so wie sie damals fiel, in meinem schmalen Kriegstaschenbüchlein steht: „Die 12. Kompanie soll froh sein, daß sie frische Luft hat!" Leider kam der Herr Major während der ganzen Zeit, die wir noch dort lagen, niemals an die frische Luft. Unser Dank wäre ihm zweifellos geworden!

Nun, jedenfalls hatte Kaczmarek Joseph aus Oberschlesien mehr Hunger als wir alle. Jede freie Minute brachte er damit zu, die Gefallenen auf irgend etwas Eßbares zu untersuchen, und tatsächlich fand er auch mancherlei. So geriet er auf einem Streifzug auch in eine Baracke, in der vor wenigen Stunden französische Gefangene, zum größten Teil Senegalneger, untergebracht gewesen waren. Mit flinken Augen und Händen durchsuchte er alle Winkel und Ecken und wollte schon enttäuscht den Raum verlassen, als er unter einer Bank, ganz an die Wand gedrückt, eine schwarze Rolle entdeckte. Es war eine Lederhülle. Neugierig, und zumindest Fleischkonserven erwartend, öffnete er sie. Wie groß war aber seine Enttäuschung, als er nur einen bunten bestickten Lappen herauszog, den er dann einigen Kameraden zeigte, die feststellten, daß es die Fahne eines Senegalesenbataillons war. Wie eine Latrinenparole so schnell verbreitete sich die Nachricht dieses Fundes. Im ganzen Bataillon herrschte starke Aufregung; denn es war etwas ganz Unerhörtes, im Jahre 1917, im vierten Kriegsjahr, noch eine Fahne erobert zu haben.

„Erobert?" werden meine Leser erstaunt fragen? Nur Geduld, die „Eroberung" kommt noch! Am 19. April wurden wir dann vom Infanterie-Regiment 77 abgelöst und kamen in verschiedene Reservestellungen, aber immer noch standen wir im vordersten Kampfbereich. Eines Tages erreichte mich dann plötzlich der Befehl, mich sofort fertigzumachen, um nach Charleville in das Hauptquatier der Heeresgruppe Kronprinz abzurücken. Zwölf Mann des Bataillons sollten die eroberte Fahne eigenhändig dem Kronprinzen überbringen. Ein Leutnant aus Hamburg führte uns. Der Rückmarsch war furchtbar — das ganze Hintergelände lag unter ständigem schwerem französischem Feuer. In Gruppen zu zwei arbeiteten wir uns sprungweise nach rückwärts. Unterwegs traf ich mit meinem Kameraden eine zerschossene Feldkanone, die von zwei Pferden und einem Manne nach rückwärts gebracht wurde. Der Aufforderung des Reiters, uns auf die Lafette zu setzen, kamen wir nur allzu gern nach. Im ersten Dorfe, dem verabredeten Sammelplatz, erhielt ich dafür von dem weit jüngern Leutnant einen derartig groben Anpfiff, wie ich ihn sonst noch nie erlebt hatte. Ich glaube, daß mir vor ohnmächtiger Wut die Tränen in die Augen schossen.

Schließlich langten war aber am 27. April in Charleville an und wurden sehr anständig einquartiert. Am 28. April morgens früh begaben wir uns in das „Deutsche Haus", dem Stabsquartier des Kronprinzen. Hier empfing uns ein Hauptmann unsers Regiments, der zum Generalstab abkommandiert war. Nun setzte eine regelrechte Instruktionsstunde ein, besonders wurden wir auf die Formel: „Zu Befehl, Eure Kaiserliche und Königliche Hoheit" eingedrillt. Darauf stellten wir uns in einer Glashalle auf, ein Vizefeldwebel trug die eroberte Fahne. Nach langem Warten erschien endlich die Kaiserliche und Königliche Hoheit mit seinem ganzen Stab, an der Spitze der Stabschef und spätere deutschnationale Abgeordnete Graf von der Schulenburg. Im Gefolge befand sich ein ganzer Schwarm würdiger Herren in Zivil. Und nun ging die vorher gut geprobte Komödie mit allem Theaterblitz und -donner los. Der Hauptmann X. stellten den kleinen Leutnant S. vor, der reckte sich und streckte sich, und legte mit echt hamburgischer Beredsamkeit los (fieberhaft arbeiteten die scharf gespitzten Stifte der Herren Kriegsberichterstatter):

„Nachdem am 16. April von 5 bis 6 Uhr früh das französische Trommelfeuer sich zu einem Orkan gesteigert hatte, brach der feindliche Angriff los. Vor unserm Bataillonsabschnitt flutete es unabsehbar. Welle auf Welle großer schwarzer Gestalten mit blitzenden Bajonetten stürmte uns entgegen. Unser Maschinengewehrfeuer mähte eine Welle nach der andern nieder. In der dritten Welle sahen wir eine flatternde Fahne, die von einem riesigen Neger getragen wurde. Wir merkten, daß diese Welle die Entscheidung bringen sollte. Alle Kräfte bei uns verdoppelten sich. Die Gewehre glühten. Rasend verließen die Kugeln den Lauf. Da, plötzlich, sahen wir die Fahne und ihren Träger sinken. Brausende Hurras erschollen aus unsern Kehlen. Fünf, sechs Neger und mehrere weiße Offiziere stürzten auf die Stelle zu, wo die Fahne am Boden lag. Alle nur verfügbaren Gewehrläufe richteten sich auf diesen Punkt. Im Augenblick sanken alle, die die Fahne retten wollten, blutend zusammen. In Massen stürzten Schwarze und Franzosen nun auf die Fahne zu. Unser Feuer mähte alles nieder. Stundenlang stürmte nun ein deutscher Stoßtrupp nach dem andern, um die Fahne zu holen. Haufenweise türmten sich die Leichen, doch keinem gelang es, das begehrte Zeichen zu bergen. Endlich mußten die Franzosen das Nutzlose ihres Tuns einsehen und verkrochen sich in die Granattrichter. Bei uns lebte nun nur noch ein Gedanke: Die Fahne müssen wir holen, und koste es, was es wolle! Am Abend wurde eine starke Patrouille angesetzt — aber auch die Franzose erkannten, was wir wollten. Nur wenige kamen, dazu alle verwundet, zurück — doch ohne Fahne. Ein zweiter Stoßtrupp erlitt das gleiche Schicksal. Zum drittenmal wurde ein Vorstoß unternommen. Der Feind belegte uns mit rasendem Feuer. Aber so viele auch sanken, wir, die wir hier vor Eurer Kaiserlichen und Königlichen Hoheit stehen, wir kamen vorwärts und an den Leichenhügel, der das kostbare Siegeszeichen deckte. Es war ein schauderhafter Anblick: ein Berg toter Leiber, Schwarze und Weiße in Haufen durcheinander, deckte weithin der Boden. An einer Stelle türmten

dem Gebiete der Behandlung und des Wohnungswesens, in immer stärkerm Maße die Abwandrung der Landarbeiter aus dem Beruf, die sogenannte Landflucht, zu verzeichnen ist? Wer sieht nicht vor seinem geistigen Auge stehen die Millionen braver deutscher Landarbeiter, die sich Tag um Tag mühen, die um etwas Lebenssonne ringen und die doch nicht aus dem Elend herauskommen? Wer gedenkt nicht der Hunderttausende von Müttern, die in schwerer Fron zu arbeiten gezwungen sind, die dann abends nach Beendigung der Arbeit auf dem Felde ihre Hausarbeit zu verrichten haben, die äußerst sparsam sind, sein müssen, und trotzdem ihre Kinder nicht ordentlich kleiden, häufig nicht einmal richtig ernähren können? Wer sieht nicht die Landarbeiterjugend, freudlos aufwachsend, in überlanger Arbeitszeit sich abrackernd, in überfüllten Wohnungen nächtigend? Und wer denkt endlich an die Hunderttausende von Landarbeiterkindern, die eine traurige Kinderzeit durchmachen müssen, oft genug schon in frühster Jugend erwerbstätig sein müssen? Wer will bei solchen Zuständen es den deutschen Landarbeitern verübeln, wenn sie, der ewigen Unterdrückung satt, aus ihrem Beruf, oft genug, besonders im Osten, auch aus ihrer Heimat abwandern? Und dennoch muß, bei allem Verständnis für ein solches Verhalten der vielen Abwandernden, der von diesen eingeschlagene Weg als falsch bezeichnet werden. Und nicht nur als falsch, sondern, vor allem im gefährdeten Osten, als schädlich und gefährlich in nationalem Sinne. Schon heute redet man von Ostpreußen als Land ohne Volk. Es sind in der Hauptsache Landarbeiter die, vertrieben durch eine rückständige Einstellung vieler „treudeutsch" gesinnter Agrarier, ihre Heimat verlassen haben. An die Stelle solcher abgewanderten deutschen Landarbeiter treten dann, leider auch im Osten, polnische Wanderarbeiter, deren Zahl die Landbündler heute am liebsten gar nicht nach oben begrenzt sähen. Man erklärt immer wieder: Rübenbau ohne ausländische Arbeitskräfte ist nicht möglich! Dabei ist man, gestützt auf die Erfahrungen in Mitteldeutschland, durchaus in der Lage, nachweisen zu können, daß die deutschen Landarbeiterinnen und -arbeiter den polnischen nur in einer Beziehung nicht gewachsen sind: In der Bedürfnislosigkeit! Soweit die Arbeitsleistung in Betracht kommt, leistet die deutsche Arbeitskraft zum mindesten dasselbe, wie das bei der polnischen der Fall ist.

Nachdem nun bis vor wenigen Jahren zunächst die Wortführer der landwirtschaftlichen Unternehmer das Unzureichende der Entlohnung der deutschen Landarbeiter bestritten hatten, wich man in der letzten Zeit von dieser Praxis ab. Heute erklärt man bei jeder sich bietenden Gelegenheit: Wir sehen ein, daß die Löhne zu niedrig sind, aber wir sind nicht imstande, höhere Löhne zahlen zu können. Man glaubt jedenfalls, mit dieser Taktik besonders schlau operiert zu haben, sonst würde man nicht immer wieder diese Redensarten zur Anwendung bringen. Leider werden beim Durchsetzen ihrer Absichten, die Löhne der Landarbeiter unter allen Umständen so niedrig als möglich zu halten, die Unternehmer in vielen Gebieten noch von Landarbeitern unterstützt, nämlich von denen, die, allem Elend in ihrem Haushalt zum Trotz, zu feige oder zu denkfaul sind, um Schulter an Schulter mit ihren organisierten Berufskollegen sich bessere Lebensverhältnisse zu erkämpfen. Würde die Notwendigkeit, höhere Löhne zahlen zu müssen, überall für das Agrariertum bestehen, so würde man auch dazu imstande sein, selbst auf die Gefahr hin, dann eben etwas weniger für Stahlhelm, Lieschenbund und andre „Notwendigkeiten" ausgeben zu können.

Nicht nur auf dem Gebiete der Entlohnung stehen die deutschen Landarbeiter gegenüber den industriellen und gewerblichen Arbeitern zurück. Auch soweit das Wohnungswesen (Werkwohnungen) und besonders auch, soweit die Behandlung in Frage kommt, bestehen für sie durchaus Ausnahmeverhältnisse. Leider muß aber, und dadurch werden viele andre Mißstände erst möglich, dasselbe auch für die Gebiete des Sozialrechts und des Arbeitsrechts gesagt werden. Nur einige Beispiele für diese Behauptung: Im Betriebsrätegesetz stehen die Landarbeiter ihren Unternehmern unter ungünstigern Bedingungen gegenüber, da in dem genannten Gesetz zugunsten der Landwirtschaft, also zuungunsten der Landarbeiter, erheblich schlechtere Bestimmungen niedergelegt sind. Das Arbeitsschutzgesetz soll für die Landarbeiterschaft nicht gelten, im Berufsausbildungsgesetz sollen die Landarbeiter nicht mit erfaßt werden. Die Bestimmungen zum Schutze der Schwangern und Wöchnerinnen gelten nicht für die Landarbeiterinnen, ebenso gelten die Kinderschutzbestimmungen nicht für die Landwirtschaft. Bei der Unfallversicherung und der Unfallverhütung ergibt sich genau dasselbe Bild: Die amtlichen Nachrichten für Reichsversicherung berichten aus dem letzten zur Veröffentlichung gekommenen Material, dem des Jahres 1926, folgendes: Die gemeldeten Betriebsunfälle nahmen in den gewerblichen Berufsgenossenschaften um 15, in den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften um 45 Prozent zu. Die durchschnittliche Höhe der Verletztenrente betrug im selben Jahre bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 324,94 Mark, bei den landwirtschaftlichen dagegen nur 122,66 Mark. Bezüglich der Bestrebungen Unfallverhütung betreffend, wird in dem genannten Bericht dargelegt, daß von einem technischen Aufsichtsbeamten überwacht werden: bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 2229 Betriebe, bei den landwirtschaftlichen dagegen die Riesenzahl von 55 481 Betrieben. Ist hier nicht jedes Kommentar überflüssig?

Der deutschen Volkswirtschaft droht durch die zunehmende Landflucht der Landarbeiterschaft eine nicht zu unterschätzende Gefahr. Wenn die Landwirtschaft imstande sein soll, das deutsche Volk auf deutscher Scholle ernähren zu können, so wird das nur möglich sein, wenn eine gesunde, lebenskräftige Arbeiterschaft auf dem Lande vorhanden ist. In viel stärkerm Maße noch als bisher wird auch in der deutschen Landwirtschaft die Maschine zur Anwendung kommen müssen, werden die Ergebnisse der Forschungen und Versuche auf dem Gebiete der Saatzucht, der Standardisierung der Produktion von Edel-Erzeugnissen zur allgemeinen Anwendung kommen müssen. Gaubt man etwa in den Kreisen der landwirtschaftlichen Unternehmer, diese großen Zukunftsaufgaben mit einer rückständigen, unterdrückten, geistig und körperlich degenerierten Arbeiterschaft lösen zu können? Oder will man etwa die immer größer werdende Zahl der Abwandernden durch eine noch stärkere Heranziehung von ausländischen Arbeitskräften für die deutsche Landwirtschaft wettmachen? Alle diese Fragen aufwerfen, heißt für uns Republikaner, sie glatt zu verneinen. Die deutsche Landwirtschaft ist imstande, sie muß imstande sein, ihren wichtigsten Produktionsfaktor, ihrer Arbeiterschaft, Löhne zahlen zu können, die eine menschliche Existenz gewährleistet. Sie muß auch dazu imstande sein und sie ist imstande, die Mißstände auf dem Gebiete des Wohnungswesens schleunigst beseitigen zu können Licht, Luft, Sonne und Lebensfreude auch in die Hütte, in die Wohnung des Landarbeiters. Vor allem aber Schluß mit der Unterdrückung, mit der Rechtlosigkeit, mit den immer noch zu verzeichnenden brutalen Mißhandlungen in der Landwirtschaft, mit den Beschimpfungen und Beleidigungen, denen vielfach, besonders auf den entlegenen Gutshöfen und in den kleinen und kleinsten Dörfern, die Landarbeiter heute noch ausgesetzt sind.

Wenn dann die leider heute immer noch bestehende Rechtsungleichheit zwischen Landarbeitern und Industriearbeitern auf sozialrechtlichem und arbeitsrechtlichem Gebiet beseitigt ist, wenn die Bestimmungen der Verfassung und der Gesetze genau so gut für die Arbeiter des flachen Landes gelten wie für die Arbeiter in andern Berufsgruppen, dann werden Abwanderung und Landflucht ganz von selbst nachlassen und verschwinden. Helft mit, ihr Republikaner, ihr Reichsbannerkameraden der Städte und Industriebezirke, um das schaffende Landvolk aus seiner traurigen Lage zu befreien. Helft mit, allen werktätigen Bewohnern des flachen Landes die Liebe zum neuen Staate, zur Republik, einzuflößen, indem ihr dem arbeitenden Landvolk zeigt, welche Rechte es im neuen Deutschland hat, indem ihr ihm aber auch begreiflich macht, daß Rechte erst dann wirklich vorhanden sind, wenn man sie sich täglich aufs neue erobert!

Ernst Brandenburg, M. d. L.

GEG ZIGARETTEN
KISIL 5 Pf.
PHANTIS 4 Pf.
NEUE MISCHUNG
IN VOLLENDETER GÜTE
AUS DEM KONSUMVEREIN
TABAKFABRIKEN HAMBURG
GROSSEINKAUFS-GES. DEUTSCH. CONSUMVEREINE M.B.H.

Werbt für eure Bundeszeitung „Das Reichsbanner"

Diskussion zur Wehrfrage

Unsre Aufforderung an die Kameraden, sich rege an einer überparteilichen wehrpolitischen Diskussion zu beteiligen, hat uns erfreulicherweise zahlreiche Zuschriften eingebracht, die wir (beginnend in dieser Nummer) nach und nach bringen werden.

Die Redaktion.

Hände weg von der Republik!

Die Geschichte hat immer bewiesen, daß nur der auf die Dauer regieren kann, der über die Machtmittel des Staates verfügt. Das Kaiserreich brach in dem Moment zusammen, in dem die alte Armee nicht mehr mitmachte. Auch die Republik wird nicht mehr zu halten sein, wenn in der Stunde der Not Reichswehr und Polizei versagen. Ein Sorgenkind in dieser Beziehung ist unstreitig die Reichswehr. Denkt zurück Kameraden! Waffenstillstand! Die Heere strömten zurück, nur die eine Sehnsucht im Herzen: Frieden, Familie und Arbeit! In dieser Zeit lesen wir die ersten Aufrufe zur Bildung von Freikorps. Wer folgte ihnen?

Darüber berichtet die Numme 4 vom 27. Januar d. J. der Stahlhelmzeitung:

„Am 7. Dezember 1918 stand als erstes Freikorps der Freiwilligen-Verband der 2. Garde-Reserve-Division auf dem Burghof der Ruine Volmarstein. Es hatte sich herumgesprochen: mit den Kerls im Stahlhelm, dem schwarzweißroten Band auf der Schulterklappe und dem silbernen Gardestern auf schwarzem Spiegel am Kragen des abgetragenen Feldrockes war nicht zu spaßen."

In einem weitern Artikel, der dieselbe Formation betrifft, heißt es:

„So pflogen wir, an deren schwarzen Fahnen und Standarten die schwarzweißroten Bänder wimpelten und deren nie entfernte Achselstücke von ebensolchen Bändern umwunden waren, stumm, aber verständliche Zwiesprache mit Herrn Noske und seinem Stab von Offizieren."

An andrer Stelle, bei einer Begegnung mit dem verstorbenen Feldmarschall v. Haeseler, schreibt man:

„Wer seid ihr?"

„Freiwillige der 2. Garde-Reserve-Division, Herr Feldmarschall!"

„Wo kommt ihr her?"

„Aus Berlin."

„Was habt ihr dort gemacht?"

„Die Revolution niedergeschlagen, Herr Feldmarschall!"

Und nun worauf es besonders ankommt:

„Als dann das Ende der Freikorpszeit herannahte, als im Herbst 1920 die Aufstellung der Reichswehr vollzogen wurde, da wurde auch die schwarze Garde umformiert. Sie wurde der Kern des Braunschweiger Bataillons vom 17. Infanterie-Regiment, in dem ihre Tradition noch heute fortlebt."

Es wäre nun gewiß verfehlt, die Behauptung aufzustellen, daß die gesamte Reichswehr auf derselben Grundlage gegründet wäre, wie dieses 17. Infanterie-Regiment. Aber bestimmt war der Stamm vieler Regimenter von demselben Geiste beseelt. In diesem Zusammenhang möchte ich aus eigner Erfahrung fragen: Hängen in den Stuben der sächsischen Kraftfahrabteilung Nr. 4 noch die schwarzweißrot geschmückten Kaiserbilder wie ehemals? Herrscht im Infanterie-Regiment Nr. 11 derselbe Geist wie bei den 37ern, aus denen das Regiment hervorgegangen ist? Meine sächsischen Kameraden kennen gewiß auch das Fanfarenkorps des Dresdner Reiterregiments, dessen republikanischer Geist sich meist bei seiner Mitwirkung bei Festlichkeiten „ehemaliger königlicher Militärvereine" auswirkt.

Ich frage nun klar: Können wir uns an diesen Tatsachen vorbeidrücken, können wir die Reichswehr beseitigen oder sie republikanisieren, indem wir ihr einfach im Reichstag die Mittel verweigern? Beides bestimmt nicht. In der heutigen Situation läßt sich die Reichswehr nicht an die Wand drücken. Sie, die durch ihren Oberbefehlshaber, dem Reichspräsidenten, in Verbindung mit dem „Stahlhelm" (Ehrenmitglied!) steht, bildet in ihrer heutigen Form, im Verein mit dieser Putschorganisation, nicht gerade die festeste Stütze der Republik. Hier gilt es einzugreifen! Es darf nicht mehr geschehen, daß die Auffüllung der Mannschaften aus republikfeindlichen Verbänden geschieht. Das Offizierkorps darf nicht mehr eine Domäne „ehemaliger Kaiserlicher" sein. Hinweg auch mit den „Traditionskompanien", die mit den Fahnen des Kaiserreichs auf den Plätzen der Republik paradieren. Wer nun in republikanischen Kreisen glaubt, daß man mit einer Bewilligung oder Verweigerung der Mittel die Reichswehr erziehen könne, der hat sich anscheinend sehr wenig mit der gegnerischen Bewegung befaßt. Bei einer Verweigerung würden wir damit nur einen Block der Reichswehr in Gemeinschaft mit dem „Stahlhelm" schaffen. Das würde bedeuten, daß dieser Block, der über alle Waffen verfügt, eines Tages in der Lage wäre, die Republik über den Haufen zu rennen. Die Aufgabe des Reichsbanners und vor allem die seiner Jugendführer muß darin bestehen, eine gesinnungsfeste republikanische Jugend heranzuziehen, sie davon überzeugen, daß ihre Mitarbeit in der Richtung Reichswehr und Polizei unbedingt notwendig ist. Eine aus diesem Reservoir ergänzte Reichswehr würde keinesfalls mehr eine Gefahr weder für den innern noch für den äußern Frieden bedeuten.

Eins. Kameraden, mahnt uns! Die Frontsoldaten werden älter! Wir Jungen müssen wachsam sein! Unser die Reichswehr, unser die Polizei, dann bleibt unser die Republik! Ist dieses Ziel erreicht, dann, aber auch nur erst dann, können wir Lederzeug und Windjacke beiseitelegen.

W. M., Chemnitz.

*

Wehr- und Friedenspolitik.

A. H. (Jungmannschaft Neukölln) schreibt uns:

Das Kapitel Wehrpolitik ist ein viel umstrittener Punkt. Es bestehen noch viele Streitigkeiten innerhalb der republikanischen Parteien über das Bestehen der Reichswehr. In einem Punkte sind wir als Republikaner aber einig, daß nämlich die Reichswehr und die Marine in ihrem heutigen Zustand keine Stütze der Republik darstellen. Es muß mit dem unhaltbaren Zustand aufgeräumt werden, daß monarchistische Reichswehrführer in einer republikanischen Wehrmacht die Oberhand haben und dadurch die Mannschaften monarchistisch beeinflussen können! Denn bisher haben diese monarchistischen Reichswehrführer die Reichswehr in eine Fülle antirepublikanischer Skandale verwickelt. Wir fordern daher eine Umgestaltung der Reichswehr zu einem zuverlässigen Organ der Republik. Diese Forderung ist nur durchzuführen, wenn sämtliche monarchistischen Führer und Mannschaften aus der Reichswehr entlassen werden. —

*

Ein kurzes Wort zur Wehrpolitik.

Beachtenswert war der Vorschlag des ehemaligen amerikanischen Präsidenten Wilson. Alle Staaten sollten die allgemeine Wehrpflicht abschaffen und sich mit einem Berufsheer begnügen, genügend stark zur Aufrechterhaltung der innern Sicherheit. Warum sind denn die beteiligten Staaten auf diesen Vorschlag nicht eingegangen? Jedes Ländchen in Europa zitterte um seine Existenz, falls es ihm untersagt würde, eine große Armee unter Waffen zu halten. So ging natürlich durch die ablehnende Haltung aller beteiligten Staaten dieser Vorschlag in die Brüche. Die Abrüstung wird nur dann den wahren Frieden mit sich bringen, wenn nicht einseitige Verpflichtungen des Siegers dem Besiegten zur Last gelegt werden.

sich die Toten zu einem Hügel. Mit fliegendem Atem zerrten wir die Leichen auseinander, und ganz unten fanden wir, von ihrem Träger bedeckt, mit Blut und Erde beschmutzt, die Fahne Nur wir zwölf kamen zurück, aber wir trugen mit uns die Fahne — die Fahne! Und nun legen wir sie ganz untertänigst in die Hände Eurer Kaiserlichen und Königlichen Hoheit als Zeichen deutscher Tapferkeit, als Gelöbnis unbrechbaren deutschen Willens und deutschen Todesmutes."

In den Augen einiger der Herren in Zivil sahen wir Tränen der Rührung blinken, nur Kaczmarek 7 feixte und grinste sich eins.

Die Kaiserliche und Königliche Hoheit hielt darauf eine Ansprache, die der Rede des Herrn Leutnants würdig war, und dann heftete er an unsre Heldenbrust Eiserne Kreuze nach Verdienst und Würdigkeit erster und zweiter Klasse. Zum Schlusse forderte er uns auf, mit unsrer Siegesbeute durch Charleville zu marschieren, damit „die verfluchten Franzosen sähen, daß wir auch noch im vierten Kriegsjahr ihnen eine Fahne entrissen hätten".

Und so geschah es auch. Vor dem Hotel erwartete uns eine ganze Regimentskapelle, und nun ging es mit klingendem Spiele, wir zwölf Männlein hinter einigen 30 Mann Musikern, und der flatternden Fahne durch alle Hauptstraßen Charlevilles. Leider haben wir nie erfahren, was sich die französischen Bürger bei unserm Anblick gedacht haben. Ich glaube wohl, daß die wenigsten erkannt haben, daß wir da eine französische Fahne spazierenführten.

Dann waren wir noch zwei Tage Gäste der Kaiserlichen und Königlichen Hoheit, wurden gut und reichlich verpflegt, und hatten somit von unsrer Heldentat doch immerhin einen sehr angenehmen und befriedigenden Vorzug. Darauf kehrten wir zu unserm abgelösten Regiment in eine Ruhestellung zurück und waren dort noch oft vor Brigade-, Divisions- und sonstigen Kommandeuren Gegenstand besonderer Auszeichnung. Annehmen will ich es, daß ein großer Teil dieser Herren, ohne Kenntnis der Wahrheit, nur von unserm Bataillon getäuscht, an dieser Komödie teilnahm.

Ich habe nach Kriegsschluß die Fahne noch einmal im Zeughaus in Berlin gesehen. Sie soll dann später, als alle eroberten „Siegeszeichen" an Frankreich zurückgegeben werden sollten, verbrannt worden sein.

Sie wurde zu Dunst und Rauch, so wie die Geschichte ihrer Eroberung nur Schwindel, Dunst und Rauch gewesen ist. Hauptmann A. des Reserve-Infanterie-Regiments 30 aber verarbeitete den Schwindel zu einem Gedicht, das die Runde im ganzen Regiment machte:

Aus der Aisneschlacht.

(April 1917)

Zwei Wochen rast des Trommelfeuers Wut,
Die Aisneschlacht trinkt gierig deutsches Blut.
Reserve-Regimentes Dreißig Schützengräben
Sehen nur noch einem Kraterfelde gleich,
In dem erloschen jeder Funke Leben. —
Ein staubumwogtes ödes Totenreich! — —
Den Schlußakkord brüllt der Geschütze Chor,
Dann wogt des Feindes Sturmflut brandend vor,
Da kommen Frankreichs schwarze Bundestruppen,
Grell jauchzend gellt ihr Urwaldkampfgeschrei,
Da ruft es: „'raus!" bei Dreißigs Kampfestruppen.
„Zum Dauerfeuer die Gewehre frei!" —
Und prasselnd ruft gebieterisch sein Halt
Das deutsche Stahlblei in die Sturmgewalt.
„Da! — Seht die Fahne bei den Sturmkolonnen,
Achtung, Kameraden, die muß unser sein!
Wird sie im Handgemenge nicht genommen,
So holen wir sie uns heut' abend ein."
Dumpf heulend bricht die Flut vom Senegal,
Sich in der tapf'ren Dreiß'ger starrem Wall
Zahllos die Schwarzen aus den Gräben quellen,
Die Dreißiger aber feuern unentwegt
Und lassen jeden Sturm zerschellen,
Bis sich kein Arm, kein Fuß mehr drüben regt.
Wohl aber regt sich's bei den Deutschen noch:
„Die Fahne sank in dem Granatenloch!
Patrouille vor!" Ein paar Beherzte schleichen
Keck an den Feind; — — dem Kühnen blüht das Glück!
Die Negerfahne bringen sie als Zeichen
Alltrotzender Verwegenheit zurück.
Glückauf zu diesem seltnen Siegespreis!
In Dreißigs Kranz ein neues Lorbeerreis!
In diesem Geiste heißt es weiterringen,
So unerschüttert zäh, so wagekühn,
So werden wir doch noch die Welt bezwingen,
Daß Siegesblumen aus der Blutsaat blühn.
Der deutsche Geist in allen lebt und macht,
Die Kronprinz Wilhelm führt in dieser Schlacht, —
An Aisne und Champagne wird gehalten
Die Front! „Lieb Vaterland, magst ruhig sein!"
Das Westheer trotzt den Schrecken und Gewalten,
Nur als Gefangner sieht ein Feind den Rhein!

Einhart der Lächler.

Unsre Reichswehr muß sich viel mehr als dienendes Glied in die demokratische Republik einordnen. Wir verurteilen als Republikaner jede Verwendung von Militär zwischen Kapital und Arbeit. Darum müssen die drei republikanischen Parteien des Reichsbanners sich folgender Aufgabe bewußt sein: Völlige Republikanisierung auf demokratischem Boden und Sicherung einer unparteiischen Einstellung. Wir sehen heute, daß der frühere Reichswehrminister Geßler nicht den Mut aufgebracht hat, die Reichswehr so zu leiten, wie das Volk es erwartete. Ich erinnere nur an die schwarze Reichswehr.

Ich schließe mich vollständig der Meinung des Kameraden K. Kuhn, Oberleutnant a. D., an: möge das Wehrprogramm der Sozialdemokratischen Partei sowie das der Demokratischen Partei nicht nur dem deutschen Volke, sondern auch unsern europäischen Nachbarn dienen!

Die Demokratie hat die Macht, der Welt den dauernden Frieden zu bringen. Darum muß jeder Kamerad nach wie vor es sich zur Pflicht machen, den noch Abseitsstehenden für die Demokratie zu erobern, denn nur in dieser Hinsicht haben wir Republikaner unsre Pflicht erfüllt.

Franz Zepert, Elsdorf Nr. 26, Kreis Köthen (Anhalt).

Verdrehungskunststücke

„Verdrehungskunststücke" wirft uns die „Plauener Volkszeitung" vor, weil wir in Einführung der offnen Darlegungen des Kameraden Mayr über seinen politischen Entwicklungsgang betont hatten, die Volkszeitung habe mit Abdruck der kommunistisch-radikalpazifistischen Angriffe „die Einheitsfront der Verleumder verstärkt". Die Volkszeitung behauptet nun, sie habe bei Wiedergabe der Verleumdungen „nur die sachlichen Behauptungen" gebracht; ja, sie habe sogar ausdrücklich bemerkt: „Wir wissen nicht, was an diesen Behauptungen (der „Menschheit") wahr ist." Sie habe Mayr nicht als Reichsbannermann, nicht wegen seiner heutigen oder frühern politischen Stellung angegriffen, sondern lediglich gefragt, warum man ihn „in verantwortungsvolle Ehrenämter" (Wehrkommmission der S. P. D.) abgeordnet habe, bevor er „einen langjährigen Nachweis für seine Gesinnungsänderung" erbracht habe.

Nun, letzteres ist eine Parteiangelegenheit, die unsrer Würdigung entzogen ist. Es liegt aber auf der Hand, daß Kamerad Mayr nicht als Politiker, sondern als militärtechnischer Sachverständiger, als der er unbestrittenermaßen gerade auch nach „linksradikalen" Urteilen anzusprechen ist, zugezogen wurde. Wie aber die Volkszeitung sich geheimnisvoll fragt „wer" Major Mayr sei, so könnten sich auch andre Leute fragen, welchen „langjährigen Nachweis (!) für Gesinnungsändrung" denn gewisse „prominente" sächsische Intellektuelle erbracht hätten, die vor 7 oder 8 Jahren auch noch nicht bei der S. P. D. oder einer andern republikanischen Partei standen, sondern etwa den deutschen und russischen Bolschewismus mitorganisierten.

Was aber „die sachlichen Behauptungen" anlangt, so muß man nur wissen, von welchem Kaliber sie gewesen sind. Da druckte die Volkszeitung beispielsweise wortwörtlich ab: „In einem von der „Münchner Neuen Zeitung" (einem Kommunistenblatt, Red. d. R. B.) veröffentlichten Brief, der den Gegenstand eines seit längerer Zeit schwebenden Prozeßverfahrens (!) bilden soll, wird gegen Mayr der schwere Vorwurf erhoben, daß er auch aus der Kasse des französischen Nachrichtendienstes Gelder empfangen habe, in welcher Eigenschaft wissen wir nicht." Diese kommunistisch-radikalpazifistische Gemeinheit druckt die Volkszeitung ab, ohne auch nur bei ihrem Parteigenossen Mayr vorher anzufragen, der ja dann durch seinen Rechtsvertreter und Parteigenossen Dr. Philipp Loewenfeld (München) wohl erschöpfende Auskunft hätte geben lassen können. Und die Volkszeitung redet sich und ihren Lesern ein, solche denkbar schwere Beleidigung sei genugsam gedeckt, wenn man nur vorher mit frommem Augenaufschlag versichere: „Wir wissen nicht, was an diesen Behauptungen wahr ist!" Bemerkenswert ist übrigens, daß die Volkszeitung den Namen des Rechtsvertreters Mayrs in ihren spaltenlangen Artikeln (heute liegt schon der dritte vor!) bis heute nicht ihren Lesern mitgeteilt hat, und daß sie auch des Kameraden Mayrs Zuschrift nur im Auszug gebracht hat. —

Auch die „Menschheit" macht übrigens mit tugendhafter Silbenstecherei und planmäßigen „Verdrehungskunststücken" weiterhin Reklame für den Kameraden Mayr. Kamerad Mayr teilt uns hierzu noch mit: Mein Rechtsanwalt und Parteigenosse Dr. Philipp Loewenfeld (München), bei dem sich jedermann, auch die kleinen Geister der „Menschheit", orientieren können, betreibt natürlich die gegen die Moskauer nun einmal durch mich angestrengten Beleidigungsprozesse unermüdlich. Soweit sich diese Herrschaften nicht hinter Immunität verschanzen können, werden sie auch trotz aller ihrer Kniffe, die Erledigung auf die lange Bank zu schieben, schon noch rechtzeitig „vor dem Kadi" zitiert werden. Jeder Kläffer, so er nur irgend etwas Tatsächliches vorzubringen vermag, wird sich alsdann als Zeuge anbieten können. —

Wollte ich auf dem Presseweg alle neuerlichen Verdrehungen der „Menschheit" richtigstellen, so müßte ich wieder ganze Spalten verschwenden. Ich greife als Einzelbeispiel folgende neue Behauptung der „Menschheit" heraus, die auch von ihren kommunistischen Bundesgenossen ausgeschlachtet wird: „Mayr war mit dem heutigen nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten General von Epp, der die Fememorde stets verteidigt und als Finanzier des „Völkischen Beobachters" in Frage (!) kommt, in Verbindung." Dazu kann ich feststellen, daß ich ausgerechnet zu dem Herrn von Epp schon seit 1916 (!) in persönlichem Gegensatz stehe, daß ich infolgedessen schon meine dienstlichen Berührungen mit ihm auf das Allernotwendigste beschränkte und außerdienstlich, insbesondere politisch, bis heute auch nicht ein Wort oder eine Zeile mit diesem Herrn ausgetauscht habe.

Eine Unterstellung vollends, daß ich je ernsthaft verlangt hätte, „die Brigade Erhardt solle nach München", daß „Notverordnungen der neuen Regierung in der Druckerei des ehemaligen Kriegsministeriums gedruckt werden sollten", daß „eine Liste von linksstehenden Geiseln, die an die Wand zu stellen wären, aufgestellt werden solle", ist eine freche Lüge der „Menschheit", die schon einen Vorwurf der „Fälschung" und „Unterschlagung" glatt eingesteckt hat. Wenn diese „Menschheit" mir nun anrät, doch „Klage gegen sie anzustrengen", so drehe ich den Spieß um und fordere sie unter Hinweis auf die obigen Urteile „Lüge", „Fälschung", „Unterschlagung" auf, das gefälligst selbst zu tun. Wenn ich die „Rote Fahne" immerhin noch einer Privatklage würdigte, so fällt mir dies gegenüber der heutigen „Menschheit" nicht ein. Das ist an diese Adresse mein letztes Wort.

K. Mayr, Major a. D.

Nationalsozialistischer Ueberfall

Anläßlich des am 17. März in Elberfeld stattgefundenen Gautages des Gaues Niederrhein hat sich ein schwerer Ueberfall ereignet. Als sich eine kleine Gruppe Reichsbannerleute friedlich auf dem Heimweg befand, stürzte sich plötzlich eine Bande von zwölf Mann auf sie. Ein Reichsbannermann erhielt vier schwere Messerstiche. Außer ihm wurden vier weitere Mitglieder des Reichsbanners verletzt, von denen zwei ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Bei den Tätern handelte es sich um Nationalsozialisten. Zwei von ihnen sind wegen dringenden Verdachts der Täterschaft bereits in Haft genommen worden. —

Attacke auf das Hamburger Reichsbannerbureau

Das Hamburger Reichsbannerbureau liegt in der Nähe des Hamburger Hauptbahnhofs an einem bevorzugten Platze. Vor dem Hause steht ein großer Fahnenmast, von dem aus an republikanischen Feiertagen die schwarzrotgoldene Fahne weithin leuchtet. Am Hause selbst ist ein großes schwarzrotgold gehaltenes Schild angebracht. Vielen, die der Republik nicht wohlwollen, ist diese so bevorzugte republikanische Propaganda ein Dorn im Auge. Nun haben in der Nacht zum 12. März einige junge Leute versucht, das Schild zu beschädigen, außerdem Türen und Fenster zu beschmutzen und zu zerschlagen. Es ist glücklicherweise beim Versuch geblieben. Ein in der Nähe haltender Chauffeur schritt selbst ein, um ernsthafte Beschädigungen zu verhindern und veranlaßte auch Polizeibeamte zum Einschreiten. Einer der Beteiligten wurde festgenommen. Er gibt an, parteilos zu sein. Weitere Nachforschungen über diesen Fall sind im Gange. —

Der Rückgang von Rotfront

Am 19. Oktober 1928 versandte die Bundesführung des Roten Frontkämpferbundes an alle Gauführungen einen sehr umfangreichen Winter-Schulungsplan. In Abendkursen, Wochenendschulen, Untergauführerschulen, Gauführerschulen und der Reichsführerschule sollten alle mit dem Wehrproblem und dem Fascismus in Zusammenhang stehenden Fragen behandelt werden. Zweck dieser Arbeit sollte die Vorbereitung der „Massenmobilisierung gegen die Aufrüstung des imperialistischen Deutschlands" sein.

Und was ist nun der Erfolg dieser Arbeit gewesen? Darüber gibt die Denkschrift des bisherigen Reichsleiters der Jungfront, Werner Jurr, der gleichzeitig Mitglied der Bundesführung des Roten Frontkämpferbundes war, interessanten Aufschluß. Jurr schreibt u. a.:

„Während in verschiedenen Dokumenten der Gesamtorganisation betont wurde und wird, daß die organisatorische Erfassung der mit dem R. F. B. sympathisierenden Arbeiter keineswegs dem politischen Einfluß des R. F. B. entspricht, kann heute festgestellt werden, daß auch der politische Einfluß des R. F. B. zurückgegangen ist. . . Die Fortsetzung der Arbeit in der bisherigen Weise muß zum völligen Bankrott des R. F. B. und der R. J. führen. Wie ernst die Lage im R. F. B. auch von den Genossen Olbrisch und Leow beurteilt wurde, geht schon daraus hervor, daß beide Genossen in ihren Vorschlägen die Frage der weitern Existenzberechtigung des R. F. B. ernsthaft erwogen haben. Das war nur der Ausdruck für entsprechende Stimmungen in der Mitgliedschaft. . .

Die Tatsache, daß der Zustrom zum R. F. B. aus vordem größtenteils indifferenten Arbeitermassen erfolgt, macht eine gute und gründliche Schulungsarbeit um so notwendiger, wenn er seine politischen Aufgaben durchführen will. Man muß die Schulungsarbeit aber als katastrophal bezeichnen. Mit Recht betonten Delegierte auf Gaukonferenzen, daß, wenn die Schwierigkeiten auch noch so groß seien, es einfach ein Verbrechen ist, in derart unverantwortlicher Weise die Schulungsarbeit durchzuführen. Auch heute ist trotz wiederholten Verlangens kein verantwortlicher Kamerad für die Schulungsarbeit bestimmt. Die erste Reichsführerschule, die seit Bestehen der Organisation durchgeführt wurde, war so unzulänglich, daß selbst Leow in einer Sitzung erklärte: 10 000 Mark seien zum Fenster hinausgeworfen."

Ueber den Stand der Organisation sagt Jurr folgendes:

„In der schon erwähnten Arbeit des Genossen Leow wurde ein Ueberblick über die zahlenmäßige Entwicklung der Organisation gegeben. Danach zählte der R. F. B. und die R. J.:

Ende 1926 . . .	118 000	Mitglieder,
1. August 1927 .	127 000	„
Ende 1927 . . .	120 000	„

Betrachtet man die Entwicklung im Jahre 1927 kritisch, so muß man feststellen, daß es ein Jahr der Stagnation war. Das Jahr 1927 zeigt folgende Zahlen:

1. Vierteljahr	11 000	Eintritte	8 000	Austritte
2. Vierteljahr	18 000	„	14 000	„
3. Vierteljahr	22 000	„	23 000	„
4. Vierteljahr	9 000	„	13 000	„

Im Jahre 1928 wird die Stagnation durch Rückgang abgelöst. . . Interessant ist dabei, daß der Rückgang in den entscheidenden Gauen am stärksten ist:

	Zugang	Abgang	Minus
Berlin-Brandenburg . . .	5946	7324	1378
Wasserkante	2162	3459	1297
Niederrhein	1230	3764	2534

(sämtlich vom 1. 3. 1928 bis 1. 10. 1928).

Berücksichtigen muß man noch, daß die Zugänge restlos registriert werden, während bei den Abgängen lediglich die bei der Gauführung abgegebenen Mitgliedsbücher gezählt werden, die sehr unregelmäßig und nicht restlos eingehen. Ein Beispiel dafür ist der Gau Ruhrgebiet, für den im Bericht ein Plus von 2527 angegeben wurde, bei dem sich aber jetzt herausstellt, daß der Mitgliederbestand um mindestens 2000 zu hoch angegeben ist. Heute hat die Organisation R. F. B. und R. J. im Höchstfall noch 70- bis 80 000 Mitglieder. Die Entwicklung ist eine durchweg absteigende. Einige Zahlen sollen das unterstreichen:

Für Berlin-Brandenburg wurden am 1. 10. 1928 14 280 Mitglieder angegeben, im Höchstfall zählt er heute noch 11 000 Mitglieder.

Pommern . . .	am 1. 10. 1928	2884,	am 31. 12. 1928	2396.
Osten	am 1. 10. 1928	5619,	am 31. 12. 1928	4331.
Ostsachsen . .	am 1. 10. 1928	2814,	am 31. 12. 1928	2656.

Bei letzterem zeigt sich ein gleichmäßiger Rückgang:

August	Zugang 35	Abgang 111	
September . . .	„ 66	„ 76	
Oktober	„ 18	„ 59	
November . . .	„ 28	„ 90	
Halle-Merseburg	am 1. 10. 1928 8946,	am 31. 12. 1928	7911. (5500 objektiv.)
Magdeburg-Anh.	am 1. 10. 1928 3943,	am 31. 12. 1928	3137.
Thüringen . .	am 1. 10. 1928 4452,	am 31. 12. 1928	3249.

Man darf sich nicht täuschen lassen von den Mitgliederzahlen, die angegeben werden. Zum Beispiel führt der Gau Wasserkante heute noch 7937 Mitglieder, hat aber (R. F. B. und R. J.) höchstens 6000 Mitglieder. Eine solche Methode der Berichterstattung ist nebenbei bemerkt auch in der Bundesführung üblich.

Früher war ein hervorragendes Merkmal der Organisation die starke Aktivität. Heute wird sie durch Passivität abgelöst. Die besten Elemente verlassen den R. F. B. Der Prozentsatz der politisch Organisierten geht zurück. Nicht als Folge eines gesunden Entwicklungsprozesses, in dem laufend Kräfte an die Partei abgegeben werden, sondern infolge einer starken Flucht von Parteiarbeitern, die, wie im Ruhrgebiet, nahezu seit Gründung im R. F. B. tätig waren. Der Prozentsatz der gewerkschaftlich organisierten Kameraden geht gleichfalls zurück." . . .

Man sieht also, ein katastrophaleres Ergebnis konnte die angekündigte Schulungsarbeit wirklich nicht haben. —

Das „Argentinische Tageblatt" niedergebrannt

Wie Dr. E. F. Alemann, der Herausgeber und Chefredakteur des „Argentinischen Tageblatts" in Buenos Aires, der auch Korrespondent des „Berliner Tageblatts" ist, diesem Blatte telegraphisch meldete, sind am 11. dieses Monats die Gebäude des „Argentinischen Tageblatts" niedergebrannt.

Das „Argentinische Tageblatt" in Buenos Aires ist der Hort der deutschen Republikaner in Südamerika und seit nahezu vierzig Jahren der Vorkämpfer des schwarzrotgoldenen Gedankens am La Plata. Durch das Treiben der deutschen reaktionären Elemente, die sich bekanntlich in den deutschen Auslandskolonien besonders breitmachen, hat das „Argentinische Tageblatt" durch die Jahrzehnte hindurch einen sehr schweren Stand gehabt, aber alle Wühlereien und Boykotte (insbesondere auch seit 1921 Annoncenboykott auf Betreiben von Stinnes und Cuno!), die zur Vernichtung des Blattes immer wieder von den Rechtskreisen angezettelt wurden, hat das „Argentinische Tageblatt", wenn auch unter schweren Opfern, siegreich überstanden. Wenn heute bei offiziellen Anlässen in Buenos Aires die schwarzrotgoldene Fahne immer häufiger und offner gezeigt wird und die schwarzweißrote Fahne der Reaktion immer mehr verdrängt wird, so ist das in erster Linie dem unermüdlichen und mutvollen Kampfe des „Argentinischen Tageblatts" zu danken.

Zum Redaktionsstab der Zeitung gehört auch der Gründer und Führer des Ortsvereins Buenos Aires des Reichsbanners Schwarzrotgold, Gottfried Hilgers, wie auch viele Mitglieder der Redaktion, des technischen und des administrativen Betriebs Mitglieder des Reichsbanners sind. Wir hoffen und wünschen, daß das „Argentinische Tageblatt" auch diesen schweren Schlag, der ihm diesmal durch die Wut der Elemente zugefügt wurde, schnell und gründlich überwinden möge, damit es so bald als möglich seine hohe Mission im Dienste des schwarzrotgoldenen Gedankens weiterführen kann. Dem Verlag und seinen mutigen Mitarbeitern gehört heute unsre innigste Teilnahme. —

Reichsbanner-Beobachter

Mißbrauch der Paulskirche.

Der Kirchenvorstand der Paulskirchengemeinde in Frankfurt am Main, der das Anbringen einer Gedenktafel für Robert Blum ablehnte, der gegen das Denkmal für Friedrich Ebert Einspruch erhoben hat, stellte dem Stahlhelm die Paulskirche zu einer Veranstaltung zur Verfügung. Die Stahlhelmveranstaltung vollzog sich äußerlich in dem Rahmen einer Gedächtnisfeier für die Gefallenen. Die „Predigt" des Pfarrers Stuckmeier war aber, wie die „Frankfurter Zeitung" mitteilt, nichts anders als politische Polemik. Die Kirche war mit schwarzweißroten Fahnen geschmückt.

Und das alles in der Tagungsstätte der 48er Nationalversammlung! Geschichtliche Ehrfurcht, von der man bei der Rechten so viel redet, scheint in der Paulskirchengemeinde nicht vorhanden zu sein. —

*

Verleumder.

Der „Reichsbote" veröffentlicht eine Notiz unter der Ueberschrift „Wie das Reichsbanner die gefallenen Helden schmäht". Zunächst wird angeführt, daß am sogenannten Volkstrauertag verschiedene Ortsvereine des Reichsbanners Festlichkeiten veranstaltet haben. Wir können im Augenblick nicht feststellen, ob diese Behauptung der Wahrheit entspricht. Aber unterstellen wir sie einmal als richtig. Dann dürfte auch der Redaktion des „Reichsboten" bekannt sein, daß es einen Volkstrauertag in Deutschland überhaupt nicht gibt, sondern daß es sich dabei nur um eine Privatangelegenheit eines Vereins handelt, der durchaus nicht als politisch neutral angesprochen werden kann. Es ist also schon um dieser Zusammenhänge willen völlig abwegig, Schlußfolgerungen nach der Art des „Reichsboten" zu ziehen. Das scheint uns die Redaktion auch selbst gefühlt zu haben. Und so hat sie zur Unterstützung ihres Vorwurfs Verse herangezogen, die allerdings mehr als geschmacklos sind und in dem Hagener „Volksblatt" standen. Der „Reichsbote" weiß natürlich ebensogut wie wir, daß das „Volksblatt" in Hagen kein Reichsbannerorgan ist. Trotzdem bringt das Blatt, das um seiner christlichen Tendenz willen ganz besonders zur Wahrheitsliebe verpflichtet wäre, die Veröffentlichung des „Volksblattes" mit dem Reichsbanner in Verbindung. Wir müssen daher mit aller Deutlichkeit feststellen, daß der „Reichsbote" zu denjenigen zu zählen ist, die man treffend nur als niederträchtige Verleumder kennzeichnen kann. —

Aus den Gauen

Gau Leipzig. Anläßlich der Leipziger Messe veranstaltete der Gau einen Republikanischen Abend, der von zahlreichen Teilnehmern aus Amerika, Danzig, Deutschösterreich und allen Teilen Deutschlands besucht war. Kamerad Crohn hielt die Festansprache.

Gau Berlin. In den letzten Wochen haben im Gaugebiet viele Feiern aus Anlaß des Todestags Friedrich Eberts und der Gründung des Reichsbanners stattgefunden, die durchweg einen eindrucksvollen Verlauf nahmen. —

Gau Magdeburg-Anhalt. Der Kleinkaliber-Schützenverein Magdeburg-Altstadt-Friedrichstadt veranstaltet am 14. April ein großes Frühjahrswettschießen. —

Gau Braunschweig. Ein am 9. März von der Ortsgruppe Braunschweig veranstalteter geselliger Abend war ein ausgezeichneter Erfolg. — In allen Ortsvereinen wird eifrig das Gautreffen vorbereitet, das am 2. Juni in Braunschweig stattfindet. — Die Agitation für die Bundespresse war im Gaugebiet sehr erfolgreich.

Gau Hannover. Eine Kreiskonferenz, die in Herzfeld stattfand, setzte zwei Kreistreffen fest, die am 16. Juni in Rhumspringe und am 1. September in Pölde stattfinden sollen. —

Gau Thüringen. Ein neuer Ortsverein wurde in Schleifreisen gegründet. — Von den Ebert-Gedenk- und Bundesgründungsfeiern seien die Veranstaltungen in Weimar erwähnt, die besonders eindrucksvoll verliefen. — Kreiskonferenzen für die Kreise 3, 4, 5 und 7 gaben dem Organisationsleben neuen Aufschwung.

Gau Hessen-Kassel. Eine besonders eindrucksvolle Kundgebung wurde die fünfte Gründungsfeier des Reichsbanners in Kassel. Der große Saal des Stadtparks faßte die trotz der drückenden wirtschaftlichen Lage opferwillig zusammengeströmten Massen der Kameraden und ihrer Angehörigen nicht, so daß eine Nebenversammlung eröffnet werden mußte. Kamerad Oberbürgermeister a. D. Ph. Scheidemann gab aus seiner reichen Erfahrung einen geschichtlichen Ueberblick, Kamerad K. Mayr (Magdeburg) sprach über die machtpolitischen Notwendigkeiten. —

Gau Hessen-Kassel. Am 7. April findet die Generalversammlung des Schützenbundes Hessischer Löwe (K. K. S.) in Kassel statt. Damit verbunden ist ein Mannschaftsschießen. — Kreiskonferenzen in Melsungen und Hersfeld beschäftigten sich mit organisatorischen und aktuellen Fragen. — In Merzhausen konnte eine neue Bannergruppe gebildet werden. —

Gau Volksstaat Hessen. Wirkungsvolle Gründungsfeiern der Ortsgruppen Darmstadt, Mainz und Worms brachten der Bewegung neue Freunde. —

Gau Oestliches Westfalen. Die in Bielefeld veranstaltete Gedenkfeier für den verstorbenen Reichspräsidenten Friedrich Ebert war von starker Wirkung. Die Gedenkrede hielt Kamerad Hildenbrand, M. d. R. —